



Detailansicht des Registereintrags

VNG AG

Aktuell seit 21.01.2026 10:09:45

Aktiengesellschaft (AG)

Registernummer:	R002373
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	21.01.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	28.02.2025
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: Postfach 241263 04332 Leipzig Deutschland Telefonnummer: +493414432028 E-Mail-Adressen: compliance@vng.de Webseiten: www.vng.de
Hauptstadtrepräsentanz:	VNG AG Büro Berlin Taubenstraße 19 10117 Berlin Telefonnummer: +493414437430 E-Mail-Adresse: buero.berlin@vng.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24	
Wirtschaftliche Tätigkeit	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

190.001 bis 200.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,00

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Ulf Heitmüller**

Funktion: Vorstandsvorsitzender

2. Hans-Joachim Polk

Funktion: Vorstand Infrastruktur & Technik

3. Bodo Rodestock

Funktion: Vorstand Finanzen/Personal & IT

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (9):**1. Bernhard Kaltefleiter****2. André Deichsel****3. Oliver Friske****4. Melissa Bog**

Tätigkeit bis 03/24:

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

5. Anne Petzold**6. Dr. Claudia Hanisch****7. Ulf Heitmüller****8. Hans-Joachim Polk****9. Bodo Rodestock****Mitgliedschaften (13):**

1. Arbeitgeberverband energie- und versorgungswirtschaftlicher Unternehmen e.V.
2. Atlantik-Brücke e.V.
3. BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
4. DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. - Technisch-wissenschaftlicher Verein
5. DIN Deutsches Institut für Normung e.V.
6. Europäische Metropolregion Mitteldeutschland e.V.
7. Gaskoalition
8. Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft e.V.
9. Stifterverband der Deutschen Wissenschaft e.V.

10. Wirtschafts-Club Leipzig e.V.
11. Wirtschaftsrat der CDU e.V.
12. Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft e.V. (Zukunft Gas e.V.)
13. BREKO Bundesverband Breitbandkommunikation e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (10):

Internationale Beziehungen; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Gesetzgebung; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

VNG ist ein europaweit aktiver Unternehmensverbund mit einem breiten, zukunftsfähigen Leistungsportfolio in Gas und Infrastruktur sowie einer über 60-jährigen Erfahrung im Energiemarkt. Der Konzern mit Hauptsitz in Leipzig konzentriert sich auf die vier Geschäftsbereiche Handel & Vertrieb, Transport, Speicher und Biogas. Ausgehend von dieser Kernkompetenz in Gas richtet VNG den Fokus auf den Aufbau einer nachhaltigen Wertschöpfung mit grünen Gasen - insbesondere in Ostdeutschland.

Zur Begleitung der Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Gastransformation auf dem Weg zur Klimaneutralität setzen wir auf den Dialog mit der Gesellschaft. Dazu gehört auch der Austausch mit der Exekutive sowie Legislative, der Wissenschaft, anderen Interessenvertretungen und politiknahen Institutionen. Unser Fokus liegt dabei auf der Verbandsarbeit, der Entwicklung von unternehmensspezifischen Stellungnahmen, der Beteiligung an Studienprojekten, dem direkten Austausch sowie eigenen Veranstaltungsformaten. VNG verfolgt in diesem Rahmen das Ziel, einen konstruktiven Dialog über marktrelevante Themen zu führen und praxisnahe Impulse für die Ausgestaltung des rechtlichen Rahmens zu geben.

Konkrete Regelungsvorhaben (12)

1. Anpassung des Entwurfs eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes

Beschreibung:

Das Gesetz schafft die Grundlage für die Finanzierung des Wasserstoffkernnetzes. Ziel ist es, stabile, rechtssichere und kapitalmarktfähige Bedingungen für langfristige Investitionen zu fördern. Gefordert wird, den Selbstbehalt der Kernnetzbetreiber zu senken und umgestellte Leitungen davon auszunehmen. Ein Andienungsrecht soll sicherstellen, dass staatliche Garantien bei Beendigung des Amortisationskontos greifen. Öffentlich-rechtliche Verträge

sind als Basis für Milliardeninvestitionen nötig. Zudem muss verhindert werden, dass im Insolvenzfall eine unverschuldete Haftungserhöhung für andere Betreiber entsteht.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10014 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Energienetze [alle RV hierzu]

2. Anpassung der Novelle des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes - KSpG (20. WP)

Beschreibung:

Die Novelle des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes soll die dauerhafte CO₂-Speicherung im Festlandsockel und der Wirtschaftszone sowie ein einheitliches Zulassungsregime für CO₂-Leitungen ermöglichen. Ziel ist der zügige Hochlauf von CCS/CCU entlang der Wertschöpfungskette inkl Einbindung von dekarbonisiertem Wasserstoff paralleler Entwicklung von Abscheidung und Infrastruktur sowie Investitions- und Entgeltabsicherung. Gefordert werden koordinierte Pipelineinfrastruktur Synergien mit dem Wasserstoffkernnetz rechtliche Verankerung des öffentlichen Interesses Ratifizierung des Londoner Protokolls Erschließung von Speichern Integration von Zwischenspeicherung und Förderung von CCS/CCU-Projekten.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 266/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KSpG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409050016 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Änderungen am Entwurf des Wasserstoffbeschleunigungsgesetzes - WassBG (20. WP)

Beschreibung:

Das Wasserstoffbeschleunigungsgesetz soll den schnellen Ausbau der Infrastruktur für Erzeugung Speicherung und Import von Wasserstoff ermöglichen. Ziel ist die optimale Nutzung des Beschleunigungspotenzials und die Sicherstellung des Infrastrukturaufbaus. Gefordert werden die Ausweitung der Genehmigungsbeschleunigung auf die gesamte Wertschöpfungskette die Einbeziehung aller relevanten Technologien sowie klare Begriffsbestimmungen zum überragenden öffentlichen Interesse auch über 2045 hinaus. Notwendig sind verkürzte Fristen bei Genehmigungs- und Umweltprüfungen sowie personelle und digitale Ausstattung der Behörden. Zudem sollen Vergaberecht und Planfeststellungsverfahren für Erdkabel geregelt und wasserstoffrelevante Anlagen im Außenbereich privilegiert werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/2506 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf und weiterer energierechtlicher Vorschriften

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409050017 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. Anpassung des Delegierten Rechtsaktes Low Carbon Hydrogen

Beschreibung:

Die EU-Kommission finalisiert einen delegierten Rechtsakt zu Low Carbon Hydrogen, der Bedingungen für die Einstufung als kohlenstoffarm festlegt. Ziel ist es, den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft zu unterstützen. Gefordert wird, dass die Einstufung allein anhand des Lebenszyklus-Treibhausgas-Fußabdrucks erfolgt und alle Technologien mit entsprechender Emissionsminderung gleichbehandelt werden. Projekt- und unternehmensspezifische Emissionswerte sowie flexible Strombezugsoptionen sollen zugelassen werden, um Investitionen und Produktion in der EU und durch Importe zu erleichtern. Überregulierung und diskriminierende Anforderungen sind zu vermeiden, um Wettbewerbsfähigkeit und schnellen Hochlauf sicherzustellen.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2412160044** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.12.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

5. **Biogas Impulse für die 21. Legislaturperiode**

Beschreibung:

Damit Biogas sein Potenzial für Versorgungssicherheit, Treibhausgasminderung, regionale Wertschöpfung und Flexibilität entfalten kann, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen. Ziel ist es, Vorschläge für die 21. Legislaturperiode zu unterbreiten. Dazu gehören die Berücksichtigung von Biogas im Energiemonitoring 2025, die Abschaffung nationaler Biomassebeschränkungen zugunsten EU-Standards, der Zugang von Biogasanlagen zum Gasnetz und deren Einbindung in die Systementwicklungsstrategie, die Vereinfachung der Nachweisführung für nachhaltige Biomasse, die Weiterentwicklung der Rahmengesetzgebung für Investitionssicherheit in Strom, Wärme und Verkehr sowie die technologieoffene Ausgestaltung des Gebäudeenergiegesetzes zur Gleichstellung von Biogas mit anderen erneuerbaren Energien.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

6. **Änderungen am Entwurf des Wasserstoffbeschleunigungsgesetzes - WassBG (21. WP)**

Beschreibung:

Das Wasserstoffbeschleunigungsgesetz soll die rechtlichen Rahmenbedingungen für den zügigen Auf- und Ausbau der Infrastruktur für die Erzeugung, Speicherung und den Import von Wasserstoff schaffen. Ziel der Interessensvertretung ist es, zusätzliche Impulse zur Beschleunigung des Aufbaus der gesamten H₂-Wertschöpfungskette zu geben. Dafür werden insbesondere eine Erweiterung des Anwendungsbereichs auf alle relevanten Technologien und Anlagen, die Ausnahme vom Vergabeverfahren für den Wasserstoffsektor sowie die rechtliche Verankerung von Planfeststellungsverfahren für Erdkabel zur Anbindung von Elektrolyseuren angeregt.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11899 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2510080027** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. **Fortführung der Netzentgeltbefreiung für Elektrolyseure im Rahmen der BNetzA-Festlegung "AgNes"**

Beschreibung:

Die Bundesnetzagentur hat am 12. Mai 2025 ein Verfahren zur „Allgemeinen Netzentgeltsystematik Strom“ eingeleitet. In dem zugehörigen Diskussionspapier werden potenzielle Maßnahmen zur Neuausrichtung der Netzentgeltsystematik evaluiert. In diesem Zusammenhang wird auch die Befreiung von Stromnetzentgelten für Elektrolyseure hinterfragt. Ziel der Interessenvertretung ist es, aufzuzeigen, welche zentrale Rolle die bestehende Netzentgeltbefreiung für den Markthochlauf von Elektrolyseuren spielt und warum ihre Verlängerung über 2030 hinaus zwingend erforderlich ist.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2507110006** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

8. **Anpassung des Entwurfs zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes - KSpTG (21. WP)**

Beschreibung:

Die Novelle des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes soll die dauerhafte CO₂-Speicherung im Festlandsockel und der Wirtschaftszone sowie ein einheitliches Zulassungsregime für CO₂-Leitungen ermöglichen. Ziel ist der zügige Hochlauf von CCS/U entlang der Wertschöpfungskette. Im Fokus stehen Synergien mit Erdgasinfrastruktur, Einbeziehung von Terminals und Leitungsumstellungen. Gefordert werden vereinfachte Genehmigungen, praxistaugliche Öffentlichkeitsbeteiligung, klare Zuständigkeiten für Offshore- und Onshore-Speicher sowie investitionsfreundliche Regeln zu Haftung und Rückbau. Zudem sind gesetzliche Klarstellungen zu diskriminierungsfreiem Netzzugang und Produktspezifikation sowie Erleichterungen im Vergabeverfahren für den schnellen Aufbau einer CO₂-Infrastruktur notwendig.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1494 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2509110020 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. SG2509110021 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

9. Praxistaugliche nationale Umsetzung der EU-Methanverordnung**Beschreibung:**

Die EU Methanverordnung soll Methanemissionen durch Vorgaben zur Messung Überwachung und Reduktion von Lecks in der Öl und Gasindustrie sowie durch Vorschriften für den Import fossiler Brennstoffe senken. Ziel ist eine praxistaugliche nationale Umsetzung bei gleichzeitiger Wahrung der Diversifizierung der Gasquellen. Gefordert werden angepasste Timelines für realistische Umsetzung Ausnahmen zur Versorgungssicherheit Rechtssicherheit durch beschleunigte Implementierung sowie ein Sanktionsregime das Importeure nicht mit bestandsgefährdenden Strafen bedroht und gezeigte Umsetzungsanstrengungen berücksichtigt.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

10. Anpassung der Strombezugskriterien im Delegierten Rechtsakt RFNBO

Beschreibung:

Die Strombezugskriterien im Rahmen des Delegierten Rechtsaktes zur Definition von Renewable Fuels of Non Biological Origin DA RFNBO hemmen in ihrer jetzigen Form den Zubau von Elektrolysekapazität. Ziel der Interessensvertretung ist es Vorschläge für eine pragmatische Anpassung dieser Kriterien zu unterbreiten. Dazu gehören insbesondere die dauerhafte Beibehaltung der monatlichen statt einer stundenscharfen Korrelation die Verschiebung der Einführung des Zusätzlichkeitskriteriums auf frühestens 2035 sowie die Möglichkeit eine stundenscharfe CO2 Bilanzierung als alternative Erfüllungsoption zuzulassen.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

11. Anpassung des Entwurfs für ein Zweites Gesetz zur Weiterentwicklung der Treibhausgasminderungsquote

Beschreibung:

Der Entwurf für das Zweite Gesetz zur Weiterentwicklung der THG-Quote soll den Einsatz erneuerbarer Energieträger im Verkehr stärken, Betrug verhindern und Investitionssicherheit für klimafreundliche Kraftstoffe schaffen. Ziel der Interessenvertretung ist eine ambitionierte, praxistaugliche Weiterentwicklung der THG-Quote, um den Markthochlauf grüner Gase langfristig zu sichern und zur Erreichung der Klimaziele beizutragen. Dazu gehören die Fortschreibung der Quote bis 2045, die Beibehaltung der Doppelanrechnung für fortschrittliche Biokraftstoffe aus Gülle, Mist und Klärschlamm, eine harmonisierte Massenbilanzierung inklusive Unionsdatenbank sowie ein jährliches Monitoring zur Früherkennung von Fehlentwicklungen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 778/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Weiterentwicklung der Treibhausgasminderungs-Quote
Zuständiges Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu];
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2601200008** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.01.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

12. Anpassung des Entwurfs zur Nationalen Umsetzung des EU-Gas-/Wasserstoff-Binnenmarktpakets

Beschreibung:

Der nationale Entwurf zur Umsetzung des EU-Gas/Wasserstoff-Binnenmarktpakets sieht keine ausreichende Anschluss- und Nutzungsperspektive für Biomethananlagen vor und hat damit Auswirkungen auf Investitionssicherheit und Ausbaupotenziale. Insbesondere fehlt eine verlässliche Regelung zur Kostenteilung sowie ein Schutz vor unverhältnismäßiger Anschlusstrennung. Ziel der Interessenvertretung ist es, eine praxistaugliche Anschlussregelung nach Auslaufen der Gasnetzzugangsverordnung sicherzustellen, wirtschaftliche Risiken zu begrenzen und eine planbare, langfristige Integration von Biomethan in das Gasnetz zu ermöglichen.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. Projektträger Jülich / Forschungszentrum Jülich GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Jülich

Betrag: 230.001 bis 240.000 Euro

Beschreibung: Förderung des Projekts „Energiepark Bad Lauchstädt“ als Reallabor der Energiewende zur Untersuchung der Herstellung, des Transportes, der Speicherung und des wirtschaftlichen Einsatz von Grünem Wasserstoff im industriellen Maßstab.

Beschreibung: Förderung des Projekts „BLWH2“ zur Erschließung und Versorgung von Bestandsgebäuden und Neubauentwicklungen der Stadt Bad Lauchstädt mit klimaneutraler Wärme.

Beschreibung: Förderung des Projekts „CapTransCO2“ zur Untersuchung der Machbarkeit einer vernetzten CO2-Transportinfrastruktur für CCU/CCS.

Beschreibung: Förderung des Projekts Wasserstoffleitprojets „TransHyDE“ zur Erforschung von Transportmöglichkeiten für Wasserstoff

Beschreibung: Förderung des Projekts „BioHydroGen“ zur Entwicklung einer Prozesskette zur Herstellung von Wasserstoff aus Rohbiogas.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

VNG_JAP_31-12-2024_Testatsexemplar.pdf